

bei denen Ungarn wiederum die Hauptrolle spielt, wird darauf verwiesen, daß, wenn ein neues Pressegesetz erlassen werden soll, es möglichst liberal sein müsse, wenn es effektiv u. a. auch in Böhmen angewendet werden soll. Von untergeordneter Bedeutung waren die Beratungen im Ministerrat am 15. Juli 1861 über ein Gesetz zur Weinkonsumbesteuerung, gegen das Böhmen im Gegensatz zu den ausgesprochenen Weinländern, wie z. B. Mähren, nicht protestiert hatte. Auch in einer Ministerratsitzung vom 12. Oktober handelte es sich Böhmen betreffend erneut um keinen politisch herausragenden Vorgang: die Errichtung eines Familienfideikommisses für den Fürsten Karl Anton zu Hohenzollern Sigmaringen, der von den anwesenden Kabinettsmitgliedern trotz einiger Bedenken, die gegen Ausländer erhoben wurden, zugestimmt wurde.

Ein Referat des Polizeiministers, des Freiherrn von Mecséry, in der Ministerratsitzung vom 2. Oktober widmete sich einer Interpellation des tschechischen Abgeordneten Pražák, der sich über einen Erlaß der mährischen Statthalterei beschwert hatte, die mit einer angeblich unkorrekten Begründung bei den Bezirksvorstehern auf tschechische Agitatoren aufmerksam gemacht hatte.

Obwohl dieser Band der Ministerratsprotokolle speziell über böhmisch-mährisch-schlesische Fragen wenig aussagt, ist er für das Verfassungsproblem im Gesamtstaat und über die verfassungsmäßige Zuordnung Ungarns von großem Gewicht. Die Edition ist wie die vorhergehenden sehr sorgfältig gearbeitet und für die Erforschung der österreichischen Geschichte im 19. Jahrhundert unentbehrlich.

München

Horst Glassl

*Schöffner, Peter: Der Wahlrechtskampf der österreichischen Sozialdemokratie 1888/89–1897. Vom Hainfelder Einigungsparteitag bis zur Wahlreform Badenis und zum Einzug der ersten Sozialdemokraten in den Reichsrat.*

Franz-Steiner-Verlag, Wiesbaden-Stuttgart 1986, 826 S. (Studien zur modernen Geschichte 34).

Die umfangreiche Hamburger Dissertation untersucht die Positionen, innerparteilichen Debatten und die politische Taktik der österreichischen Sozialdemokratie im Jahrzehnt von 1888 bis 1897. Neben dem Wahlrechtskampf der Jahre 1893 bis 1897 wird auch der von 1904 bis 1907 ausführlich behandelt. Dabei findet nicht nur die Position der Sozialdemokratie eine eingehende Darstellung, sondern auch die Konzeption und Entwürfe der anderen Parteien, der Kabinette und des Kaisers.

Der Kampf um das Wahlrecht war für die österreichische Sozialdemokratie seit Beginn der neunziger Jahre (parallel zum Aufkommen der Mai-Feiern), das wichtigste und alles bestimmende Thema, das alle anderen Programmpunkte, wie z. B. den Acht-Stunden-Tag, auf die Plätze verwies. Der Kampf für das allgemeine und gleiche Wahlrecht wurde zur Notwendigkeit erklärt, um weitere Reformen im Sinne der Arbeiterschaft zu ermöglichen. Andererseits förderte dieser Kampf ebenso wie die Wahlkämpfe, an denen die Sozialdemokratie seit 1891 teilnahm, die Bekanntheit und Popularität sowie organisatorische Dichte und Geschlossenheit der Partei. Nach Schöffner erzwang eine unbeabsichtigte Koalition zwischen der Sozialdemokratie und

den kaiserlichen Regierungen bzw. dem Kaiser persönlich, die verschiedenen österreichischen Wahlreformen gegen den Widerstand des Parlamentes, des Adels und insbesondere gegen den Widerstand des Bürgertums. Gerade aber bei der ersten, der Taaffeschen Wahlnovelle (1893), die insgesamt am positivsten bewertet wird, versagte jedoch dieses Zusammenwirken, da die Sozialdemokratie aus Feindschaft zur Regierung und aus mangelndem Selbstbewußtsein, sich nicht zu einem Massenstreik zugunsten der Wahlreform habe entschließen können. Seit dieser Zeit agiere die Sozialdemokratie faktisch als „parlamentarische Partei“, als eine an den Machtmechanismen des Konstitutionalismus ausgerichtete politische Kraft, obwohl erst 1897 Sozialdemokraten ins Wiener Parlament gewählt wurden und obwohl im Parteiprogramm bis 1901 der Parlamentarismus als „Form der modernen Klassenherrschaft“ verdammt wurde.

Der Verzicht auf einen Massenstreik im Jahr 1893 war nach Ansicht des Autors ein entscheidender Fehler, da in der „revolutionären Stimmung“ und angesichts der Schwäche der anderen politischen Kräfte eine einmalig günstige Situation bestanden habe. Die Parteiführung habe die eigenen Möglichkeiten unterschätzt. Doch wird dabei die organisatorische und politische Stärke der Partei, die nach den Verfolgungen und Spaltungen der achtziger Jahre nicht auf eine gesicherte Position bauen konnte, überschätzt. Die Polarisierung innerhalb der Partei reduziert sich stellenweise auf Viktor Adler, den Lenker der Massen, und das „Proletariat“, wobei vor allem auf die „autoritären Strukturen“, die Bedeutung der Kategorien von „Ruhe und Ordnung“ und eine monarchisch-bürokratische Prägung in der Parteiorganisation verwiesen wird. Dem Taktiker Adler, der an manchen Stellen – ähnlich seinem zeitweisen Gegenspieler, dem Ministerpräsidenten Taaffe – als „Wurstler“ und ständig um einen Ausgleich bemüht dargestellt wird, wirft der Autor vor, er habe eine antizyklische Taktik verfolgt, die durch radikale Parolen, aber verzögernde Entscheidungen, den revolutionären Elan der Massen in entscheidenden Momenten, z. B. in der Frage des Massenstreiks 1893, gebremst habe, um danach die Stimmung wieder anzuheizen.

Insgesamt wechseln die Bewertung der Möglichkeiten der Sozialdemokratie und ihrer Strategie ebenso wie die Beurteilung der anderen Parteien in der vorliegenden Arbeit, je nachdem, welche Quellen herangezogen werden. Die Politik der bürgerlichen Parteien wird stets detailliert analysiert, an anderer Stelle aber manchmal nach den stillschweigend übernommenen Interpretationsmustern der Sozialdemokratie bewertet, wozu auch gehört, daß durchgängig von den „Antisemiten“ gesprochen wird, wenn die christlichsoziale Partei Luegers gemeint ist. Immer wieder scheint unser heutiges Politik- und Demokratieverständnis als historisch nur teilweise reflektierter Maßstab durch. Die Haltung der Sozialdemokratie wird stets am Hainfelder Programm, an den grundlegenden Zielen des Marxismus und an den Positionen der internationalen Arbeiterbewegung sowie an den Reaktionen und Kommentaren von Engels und der deutschen Sozialdemokratie gemessen. So zeigt sich, daß in Österreich anders als in Deutschland der Massenstreik (nicht Generalstreik) als politisches Mittel zur Erzwingung von Reformen nie grundsätzlich in Frage gestellt wurde, auch wenn dieses Mittel nur als Drohung verwendet wurde und stattdessen Großdemonstrationen veranstaltet wurden.

Schöffer konzentriert seine Untersuchung bewußt auf die Leitung der Gesamtpartei

in Wien, zieht aber nicht nur Parteiunterlagen und Zeitungen, sondern vor allem auch die Polizeiprotokolle und andere Quellen aus dem Bereich der k. k. Verwaltung heran. Beides sind aber Materialien, die eine zentralistische Sicht fördern, der sich die Arbeit trotz aller Vorsicht, trotz der Darlegung der innerparteilichen Flügelkämpfe und der Oppositionsströmungen einschließlich der tschechischen Sozialdemokratie nicht entziehen kann. Diese deutschzentralistische Orientierung wird gerade im Zusammenhang mit böhmischen und vor allem tschechischen Fragen deutlich und reicht bis hin zu falschen Namensschreibungen (z. B. wird der tschechische Parteiführer Antonín Němec konsequent Nemeč geschrieben). Dies mindert den Gesamteindruck und den Wert der politisch-taktischen Analyse der Wiener Parteiführung keineswegs, verdeutlicht jedoch, daß in Zukunft in bedeutend größerem Maße Forschungen zur „Provinz“ und zu Kreis- und anderen Unterorganisationen der Partei, denen der Verfasser allgemein Apathie und bürokratisch-hierarchisches Abwarten auf Anweisungen von oben bescheinigt, nötig sind.

Insgesamt handelt es sich um eine quellenreiche, im Detail genaue und sehr informative Arbeit, der weniger die genannten Punkte als vielmehr die Vielfalt der behandelten Aspekte und der gesamte Umfang abträglich sind. Eine strengere Trennung zwischen der Darstellung des historischen Ablaufs und der parteiinternen Diskussionen auf der einen Seite und der Wertung hätte sicherlich eine Straffung des Textes ermöglicht und manche Wiederholung vermieden. Die Arbeit von Schöffler stellt einen wesentlichen Beitrag zur Erforschung der Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie und der politischen Entwicklung der späten Habsburgermonarchie dar und wird zukünftig in diesem Zusammenhang unumgänglich sein.

Mainz

Robert Luft

*Haupt, Georges / Jemnitz, János / van Rossum, Leo (Hrsg.): Karl Kautsky und die Sozialdemokratie Südosteuropas. Korrespondenz 1883–1938.*

Campus-Verlag, Frankfurt-NewYork 1986, 649 S. (Quellen und Studien zur Sozialgeschichte 5).

Die von dem 1978 verstorbenen Georges Haupt initiierte und konzeptionell maßgeblich bestimmte Edition der Korrespondenz zwischen Karl Kautsky und führenden Vertretern der südosteuropäischen sozialdemokratischen Parteien 1883–1938 umfaßt 372 Briefe, davon 305 an Kautsky von Sozialdemokraten aus Bulgarien, Rumänien, Jugoslawien und Ungarn. Der Briefwechsel ist nach diesen Ländern gegliedert, wobei jedem Abschnitt eine zusammenfassende Darstellung der Geschichte der Sozialdemokratie des jeweiligen Landes vorangeht, die eine bessere Einordnung der publizierten Quellen ermöglicht. Neben einer Bibliographie der Arbeiten Kautskys, die ins Bulgarische, Rumänische, Serbokroatische und Ungarische übersetzt wurden, enthält die Edition einen Anhang, in den Kautskys Publikationen über Südosteuropa aufgenommen wurden.

Die Edition soll einmal, wie es in der von van Rossum verfaßten Einleitung (S. 13–58) heißt, zu einer besseren Kenntnis der Sozialdemokratie in Südosteuropa